

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15.— Mit Durchmesser 70.— 100
pro Woche. Durch die Post 240.— pro Monat und Nachzahlung des
Differenzbetrages auf den Verlag. Redaktionspreis: 3.— 6. Nachz.
Produktionsbetrag f. d. Provinz Schlesien, c. O. m. b. O. Breslau.
Postfach-Nr. 31069. — Fernpreis-Umschlag: Einzel-Nr. 8887.

Freitag, 8. Dezember 1922

Einzel-Nr. 15.— Die 9 geplante Minimeterzelle über
d deren Raum 10.— 90.— Stellen und Wohnungsgesellschaften
nachholen. Bereits und Bezahlungsumgegen 50.— Mit kleine
Ausgaben per Post 1.50 Mark. — Stell. m. Die Minim
meterzelle 8 gelalten oder deren Raum im Zeit 50.— 90.—

Nationalistischer Rheinlandsrummel!

Breslau, den 7. Dezember 1922.

Die bürgerliche Presse (also auch die „Börsenwacht“) verbreitet folgenden Aufruf:

Schlesier!

Viele Monate lang habt Ihr um die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland gekämpft und freudig Opfer aller Art dafür gebracht.

Heute wenden wir uns gerade an Euch, die Ihr Grenzlandschicksal kennt, mit der dringenden Bitte: „Gedenkt der deutschen Brüder und Schwestern im besetzten Rheinland!“

Ihr Schlesier, die Ihr schwerste Zeiten durchlebt, Ihr Oberschlesier vor allem, die Ihr die Leiden einer Fremdherrschaft erduldet habt, helft mit allen Euren Kräften dem Rheinland, das seit vier Jahren unter fremder Besetzung schmachtet und das doch auf alle Versuchungen, Verlockungen und Druckmittel mit dem Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zu Preußen und zum Reich antwortet. Gemeinsames Unglück muß das deutsche Volk zu einer Schicksalsgemeinschaft verbinden:

Ihr Schlesier, zeigt in gemeinsamer Sorge mit allen Deutschen den Rheinländern durch die Tat, daß ihre Leiden Eure Leiden und ihr Schicksal Euer Schicksal ist. Geht führernd voran bei der Abstimmung der Danziger Schuld für alles, was die Rheinländer in der Abstimmungszeit und seither für Euch geleistet haben; indem durch welttägige Hilfe die Not des Rheinlandes.

Jedes, auch das geringste Scherlein ist willkommen. Geldspenden werden auf Konto „Rheinlandhilfe“ angenommen beim Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, bei der Bank für Handel und Industrie, bei der Dresdener Bank und bei dem Bankhaus E. Heimann.

Bittet, Oberpräsident der Provinz Oberschlesien.

Zimmer, Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

Brauweiler, Regierungspräsident von Oppeln.

Büchting, Regierungspräsident von Liegnitz.

Taenide, Regierungspräsident von Breslau.

„Rheinlandhilfe, Rheinlandprotest“, das ist das Schlagwort, mit dem heute die Nationalisten hauptsächlich gehen. Sie nutzen die Drohungen Frankreichs aus, eine neue nationalistische Heze einzuleiten, um dabei ihr Geschäft zu machen. Und die Regierung in ihrer Hilfslosigkeit unterstützt sie dabei. Sie gibt dies ungewollt sogar zu. Ganz richtig erinnern die Regierungspräsidenten Schlesiens an die Zeit der Abstimmung in Oberschlesien. Eine nationalistische Welle

wie sie zu jener Zeit ganz Deutschland überflutete, soll abermals die deutsche Republik mit patriotischem Rot überschwemmen.

Genosse Kraft in Freiheit.

Genosse Ernst Kraft wurde am Donnerstag nachmittag gegen 3 Uhr nach 32 Stunden in einem Hungerstreik gegen Stellung einer Kavitation entlassen. Der Ausweisungsbescheid gegen unseren Genossen ist vom sozialdemokratischen Minister Seizing bereits erlassen, sodass Genosse Kraft jetzt nur eine kurze Frist zur Vorbereitung seiner Auseinte hat.

Genosse Kraft war in den Hungerstreik getreten, weil er trotz Verbüßung seiner Strafe weiter im Polizeigefängnis festgehalten wurde. — Wir begrüßen unseren Genossen in der „Freiheit“ der deutschen Ebert-Republik, die nur kurz befreit ist. (Wir meinen die Freiheit nicht etwa die Republik!).

Der Achtstundentag aufgehoben.

Die neunstündige Arbeitszeit in Leverkusen durchgebrückt!

Auf Befangen der Leverkusener Fabrikarbeiter genehmigte der sozialdemokratische Regierungspräsident Grützner in Düsseldorf „vorübergehend“ den neunstündigen Arbeitstag für Leverkusen. Der Arbeitertag mehrte sich

noch die „Rheinlandhilfe“ etwas nützen. Denn um die paupierenden Proteste werden sich die französischen Machthaber nicht kümmern, und wenn es Proteste gäbe. Es bleibt abwarten, ob die Regierung Cuno ebenso wie die Regierung Wirth höflich sagt, wenn Poincaré mit dem Säbel rasselt, oder ob sie den Mut findet, gegenüber den Gelüsten der französischen Kapitalisten nach den Rheinlanden energisch die Interessen der deutschen Kapitalisten zu vertreten. Sie könnte Frankreich aber schließlich auch nur dadurch von seinen Plänen abringen, daß sie den französischen Kapitalisten weitere Konzessionen macht, natürlich nur auf Kosten des Proletariats. Dabei wird der „Rheinlandprotest“ nutzlos sein.

Ebenso wenig wird die „Rheinlandhilfe“ etwas nützen. Die Proleten, bei denen man jetzt plötzlich wieder „Vaterlandsliebe“ sucht, weil man ihnen Geld aus der Tasche laden will, können nichts geben, weil sie schon am Hungern sind. Und die Kapitalisten werden es vorziehen, ihre Gelder in Frankreich oder anderen valutaartigen Ländern anzulegen, statt sie der „Rheinlandhilfe“ zu geben. Vielleicht werden sie einen winzigen Teil ihres von den Proleten erpreckten Geldes geben um damit ihre Liebe und Treue zum „Vaterland“ (das sie durch ihre Spekulationen zugrunde richten) zu beweisen.

So bleibt als das einzige positive Ergebnis des „Rheinlandprotests“ und der „Rheinlandhilfe“ das eine, daß eine Atmosphäre, ähnlich der des Augustes 1914 geschaffen wird, in der die

Reaktionäre ihr Werk betreiben

können. Das ist angesichts der drohenden faschistischen Gefahr besonders gefährlich. Es ist gerade die für die Faschisten erwünschte Stimmung.

Darum hat das Proletariat alle Veranlassung, in diesen Tagen besonders wachsam zu sein.

Die Proletarier wissen, daß nicht Proteste, sondern nur der gemeinsame Kampf des deutschen und französischen Proletariats die Raubgelüste der französischen Kapitalisten verhindern kann. Datum werden die Arbeiter sich dieser „nationalen Bewegung“ fernhalten. Sie müssen sie aber mit besonders wachsam Augen beobachten. Es ist die Aufgabe der Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, darüber zu wachen, daß die „nationale Bewegung“ nicht umschlägt in den Angriff der Faschisten Deutschlands.

gegen den „diktatorischen Befehl“ der Direktion, daß die Handwerker von jetzt ab neun Stunden arbeiten müssten. Doch in der Vertrauensmännerversammlung, die zu der Situation Stellung nahm, erklärte der Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes, Storch, daß den Gewerkschaften keine Mittel zur Verfügung ständen, um die Verordnung des Regierungspräsidenten zu befehligen. Wenn es zwischen der Belegschaft und der Direktion zu Differenzen komme, werde der Fabrikarbeiterverband diese Bewegung nicht stützen!

Durch diese Haltung des Fabrikarbeiterverbandes gezwungen, arbeiten die Handwerker Leverkusens jetzt täglich neun Stunden.

Aus dem Schnaps quillt der Segen.

Noch der Schatzung der Braunkohlebeleidigung für das Rechnungsjahr 1922/23 hätte der Ertrag nach dem Durchschnitt berechnet, für die Zeit von April bis Oktober d. J. rund 1000 Millionen Mark ergeben müssen. Diese Steuerquelle ergab aber 2284 Millionen Mark, also mehr als das Doppelte.

Der Schnaps ist also eine regelhafte Quelle für den Steuerfuss. Gilt das vielleicht den Haß gegen die Obfrau-Bewegung und den Kampf von Sippen gegen Masse, die öffentlich in Schöneberg gegen die Schneiderspaziergänge mit Plakaten demonstrierten?

Der Schlag gegen den Achtstundentag

Leverkusen und Oppau-Ludwigshafen.

Die Nachricht aus Leverkusen, daß es der Direktion der dortigen Farbwerke gelungen ist, den Neunstundentag für die Handwerker durchzudrücken, zeigt der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands den furchtbaren Ernst der Situation. Die Unternehmer haben den Generalsturm gegen den Achtstundentag begonnen. Weil sie wissen, daß sie auch nach Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentags die Arbeitszeitverlängerung nur im schärfsten Kampf durchführen können, fragen sie gar nicht mehr, ob der gesetzliche Achtstundentag besteht oder nicht, sie greifen an, sie wollen den Schlag führen, um vollzogene Tatsachen zu löschen. Die Annahme der von der Koalitionsregierung Wirth vorbereiteten Arbeitszeitgelehrte für gewerbliche Arbeiter, für Angestellte usw. wird nunmehr eine Formschale sein, wenn es den Unternehmern gelänge, für große Teile der Arbeiterschaft schon jetzt tatsächlich den Achtstundentag zu beseitigen.

An die Spitze der deutschen Kapitalisten hat sich jetzt das chemische Kapital gestellt, jener Riesentrust, der die gewaltigen Werte von Leverkusen, Leuna, Griesheim, Ludwigshafen und Oppau in sich vereinigt. Das Kapital hat sich wieder eine der schwächsten Stellen in der Front der Arbeiterschaft ausgeucht. Denn obwohl die Erzeugnisse des chemischen Trusts für die Börsenwirtschaft, besonders für die Ernährung ungeheuer wichtig und unentbehrlich sind, kann der chemische Trust, sofern er nicht durch den Druck der Oeffentlichkeit zum Einlenken gezwungen wird, infolge seiner Monopolstellung wochenlang seine Produktion einzstellen, da er Riesenprofite angehäuft hat und sicher ist, sie nachher wieder zu realisieren. Doch ist dies nicht der einzige ungünstige Punkt für die Arbeiterschaft. Schwieriger liegt es, daß die Gewerkschaftsbürokratie im Fabrikarbeiterverband, der die Führung in der chemischen Industrie hat, wohl aus den allerreaktionärsten Arbeitervorträtern zusammengesetzt ist. Einmal haben sie soviel Kämpfe auch bereits in der chemischen Industrie stattgefunden haben, noch nie einen irgendwie bedeutsamen Kampf finanziert, vor allem nie gegen den chemischen Trust. Zum anderen haben sie, obwohl sie wissen, daß die Arbeiterschaft gerade der chemischen Industrie allein einen ungeheuer schweren Stand hat, nichts getan, um die Verbindung mit der übrigen Arbeiterschaft enger zu gestalten und dafür zu wirken, daß der ADGB die Befreiung der bedrohten Errungenschaften des Proletariats mit Einsatz der ganzen Macht der acht Millionen freigewerkschaftlich Organisierten führt. Die Führer des deutschen Fabrikarbeiterverbandes haben von jeher überall den reaktionären Standpunkt vertreten. Sie waren die wütendsten Feinde der Kommunisten und der revolutionären Arbeiterschaft.

Nun hat der chemische Trust angegriffen. In der Wälz stehen die Arbeiter im Abwehrkampf und in Leverkusen ist infolge des Vertrages der Gewerkschaftsbürokratie der Neunstundentag eingeführt. Es muß hier mit allem Nachdruck betont werden, daß der Kampf in Ludwigshafen und der vorläufige Unternehmerieg in Leverkusen eng zusammenhangt. Denn die Angriffe in Leverkusen datieren nicht erst von gestern, sondern wurden seit längerer Zeit immer hartnäckiger wiederholt. Bereits vor einigen Wochen berichtete die Presse, daß der Arbeiterrat des Farbwerkes Leverkusen einen Angriff der Direktion abgewehrt hat. Nun genehmigte der Sozialdemokrat und Regierungspräsident Grützner den Neunstundentag für die Handwerker. Die Direktion drohte ihn sofort durch und drohte bei eventuellem Widerstand die gesamte Belegschaft auszusperren. Die Handwerker sind fast reiflos im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Da aber nach den neuen „Streitregeln“ der Fabrikarbeiterverband zu entscheiden hatte, ob ein Kampf geführt bzw. ob er unterstützt wird, und die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes es strikt ablehnte, den Achtstundentag zu verleidigen, so blieb der Belegschaft von Leverkusen nur die Entscheidung: Streit ohne Sanction oder Unterwerfung. Sie haben mit vorlaufiger Erfolg. Es ist dies eine schwere Niederlage des gesamten Proletariats, niemand kann von dieser Tatsache die Augen verziehen. Aber gerade dadurch, daß die Arbeiterschaft von Leverkusen nicht in den Streit trat, zeigt sich um so baulicher und in einer ganzen Gruppe der erbarmungslose Herrscher Gewerkschaftsbürokratie. Die ganze Arbeiterschaft steht

jetzt klar, daß es nichts als Heuchelei war, wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer erklärten, daß sie den Achtstundentag verteidigen werden. Sie tun das Gegen teil, sie unterstützen bewußt den Feldzug des Unternehmertums und haben nur eine Sorge, nämlich, wie sie die Verantwortung für die Aufgabe des Achtstundentages und den Raub aller Rechte und Errungenschaften der Arbeiterschaft von sich auf andere, auf die Kommunisten, auf die Arbeiterschaft abwälzen können. Wenn die Streitenden der Badischen Aktien- und Soda-fabrik unterliegen würden, wenn sie gezwungen wären, den Neun- oder Zehnstundentag anzunehmen, dann würde sich das wohlbekannte heisere Geschrei der Reformisten erheben: „Seht, die Kommunisten sind schuld, sie haben Euch in den Kampf geheist und jetzt ist als Resultat die Arbeitszeitverlängerung geblieben. Wäret Ihr uns gefolgt, hättet Ihr die kommunistischen Betriebsräte preisgegeben, so wäret Ihr noch im Besitz des Achtstundentages, den wir, die Gewerkschaften und die BSPD mit allen Mitteln verteidigt hätten, wenn Ihr nicht den kommunistischen Parolen gefolgt wäret.“ Man hat dieses Geschrei schon oft gehört. Kein klassenbewußter Arbeiter darf sich dadurch in seinen Entschließungen beeinflussen lassen. Auch die zielklaren Lebewesen der Arbeiter hätten darum vor dem Kampf nicht zurückgedrängt werden dürfen, wenn sie die Mehrzahl der Bevölkerung hinter sich gewußt hätten. Aber dem Geschrei von der „kommunistischen Macht“ in der Pfalz müssen jetzt die Arbeiter mit der ruhigen, klarenden Frage entgegnetreten: Wer ist schuld an der Arbeitszeitverlängerung in Leverkusen? Ihr Herren Reformisten, wo blieb da Eure „Verteidigung“ des Achtstundentages?“

Es gibt keine Ausrede, daß die Gewerkschaften von dem Vorgehen der Leverkusener Fabrikarbeiter überzeugt worden wären, vielleicht gerade weil sie ihre Aufmerksamkeit den Ereignissen in der Pfalz hätten zuwenden müssen. Am 27. November erklärte der Leverkusener Gewerkschaftsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Hardt, in einer Betriebsmännerversammlung der Leverkusener Werke, daß er schon vor drei Wochen seinem Hauptvorstand einen ausführlichen Bericht über die Verhältnisse in Leverkusen gegeben habe. Ein Antwort habe er bis heute noch nicht erhalten. Damit ist den Dichtmännern die Maske vom Gesicht gerissen. Wahrhaft bösen die Unternehmer, hätten eine Provokation an die andere, vermüben und berennen die Arbeiterfront, die Funktionäre bestürmen den Hauptvorstand um Antwort. Tippmann schwieg, dafür schreibt er in seinen Zeitungen schöne Artikel „zu Erhaltung des Achtstundentags“.

Ih es noch nötig, der Arbeiterschaft zu beweisen, daß sie von der BSPD-Führerschaft in ihrem Kampf keine Hilfe zu erwarten hat? Es genügt, die Tatsache festzustellen, daß es ein Sozialdemokrat, der Regierungspräsident Grüner, war, der die Aushebung des Achtstundentages in Leverkusen genehmigte.

Die Arbeiterschaft weiß nun, daß sie im Kampf um ihre Rechte und ihre Existenzmöglichkeit nur auf sich selbst angewiesen ist. Leverkusen und Ludwigshafen hängen zusammen, sie sind aber nur ein Glied in der Unternehmerfront gegen die Arbeitenden.

In der Pfalz müssen sich das chemische Kapital und die mit ihm verbündeten französischen und deutschen Regierungsorgane mit der klassebewußten deutschen Arbeiterschaft, die hinter der Betriebsratsebewegung steht. Mit allen Mitteln müssen darum die treitenden Pälzer Arbeiter unterstützt werden, damit die Unternehmerpläne abgewehrt werden können. Gleichzeitig müssen die Sammlungen für die Streitenden auch der kapitalistischen Klasse zeigen, wie Opferbereit die klassebewußte Arbeiterschaft ist. Die Ausbeuter sollen wissen, mit wen sie es zu tun haben, wenn sie das Stimmensprogramm durchdrücken wollen.

Erfolge des Wiesbadener Kontrollausschusses.

S. M. Society setzt.

Der Wiesbadener Betriebsräte- und Kontrollausschuss hatte die gesamte Arbeiterschaft für Freitag, den 1. Dezember, zu einer Demonstration vor das Rathaus eingeladen, um von der am selben Tage tagende Stadtverordnetenversammlung die Anerkennung des Konsolidierungsschlusses durchzusetzen. Die Anordnung wurde vom Wiesbadener Polizeipräsidenten, am Vortag des Ministers Seidering, in letzter Stunde verboten. Es stand darauf im Gewerkschaftshauses eine Konsolidierungssitzung statt, die bereits zwei Stunden vor Beginn vollzommen überfüllt war. In dieser Versammlung wurde Bericht eröffnet über den Reichsbetriebsstreiktag. Ferner erläuterte die Kommunisten, die in die Stadtverordnetenversammlung einzudringen war, Bericht über die Verhandlungen. Von den vom Kontrollausschuss gesetzten Anträgen nahm die Stadtverordnetung unter dem Druck der Arbeiterschaft folgende an:

1. Beschaffung von Heizmaterial und Kleider für die Winderbemittelten.
2. Sofortige Wollpolynen gegen die Verkürzung der Wild- und Hemiburgung des Wollstoffes für die Winderbemittelten.

Ferner wurde beschlossen bei der Reichsregierung die Forderung zu erheben, daß den Arbeiterschaften ein größeres Lohnstück Brokatware zur Verfügung gestellt werden soll. Die Anerkennung des Konsolidierungsschlusses wurde abgelehnt.

Begründet ist, daß die Sozialdemokraten nie als die wahren Schmiede der Selbstbehauptung erachtet. Die Bourgeoisie hatte jährlinge Sozialpolitik mobil gemacht. Soforte Söhnungsabschluß einzutragen, bei Strafe. Zu weiterem Unheil des Katholices waren jährl-

liche Läden geschlossen, die Schaufenster mit Holz und Eisen verbarrikadiert. Der gesamte Verlauf der Versammlung beweist, daß der Kontrollausschuss Wiesbadens von dem Vertrauen und Kampfwillen der gesamten Arbeiterschaft getragen wird.

Reichstagsitzung

vom 6. Dezember 1922.

Im Geschäftsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch das Schreiben des Staatsanwaltes behandelt, das um Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Höpplein, Reimann, Roenen und Fröhlich, sowie der sozialdemokratischen Abgeordneten Moses und Jubel wegen Bedrohung des Abgeordneten Helfrich (Dn.) am Tage der Ermordung Rathenaus bittet.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten wurde nicht erteilt.

Im Plenum des Reichstages soll die auf der Tagessordnung stehende sozialdemokratische Deuerungsintervention nach der Erklärung eines Regierungsvorstellers in der geschäftsordnungsmäßigen Sitzt beantwortet werden.

Bei der ersten Beratung der Novelle zum Gesetz über die Beschaffung der Schwerriegelsbeschädigten mit der endgültigen Regelung der Kündigungsbefreiung teilte Arbeitsminister Dr. Brauns mit, daß gegenwärtig von 350 000 Schwerriegelsbeschädigten 17 000 ohne Arbeit sind. Das Gesetz wurde dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Bei der folgenden zweiten Beratung des Nachtragstaats der Abteilungen für Wasserstraßen führte Abg. Thiemann (Kom.) Beschwerde über Mißstände beim Reichskanal an; das Ratsamt vernachlässigt die notwendigsten Instandsetzungen und beschäftigt jetzt weniger Arbeiter als 1917. Den Betriebsräten wird das Leben und die Wahrnehmung ihrer Rechte erschwert. Der Etat wird bewilligt.

Beim Nachtragstaat der Reichsbahn brandmarkt Höpplein (Kom.) die Bestrebungen der Schwerindustrie auf Stimmeisierung der Reichsbahnen. Durch die ungewöhnliche Steigerung der Eisenbahnfrachtarife wird die Lebenshaltung der Massen untrüglich verteuert. Mit dem Prämienjahr wird der Achtstundentag bei der Eisenbahn abgewürgt. Mit dem Abbau des Eisenbahnpersonals zieht der Minister wieder zugleich eine Streikbrechergarde, die er Bahnschutz nennt. An seinen Spitzeln spart Herr Höppel nicht, nur an den Löhnen. Wir werden dieses System antisemitisch bekämpfen. — Der Etat wird unverändert angenommen.

Eine Novelle zum Reichswahlgesetz, die eine Vereinigung der Wahlkreise bringt, geht ergebnislos an einen Ausschuss.

Nächste Sitzung am Donnerstag: Nachtragstaat und kleine Vorlagen.

Zwei Urteile.

Der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Max Mauerhofer, stand gestern unter der Anklage der Anzeige zu Gewaltübung vor Gericht, da er am 1. Juni in einem Artikel Eisner im besonderen und die jüdische Rasse im allgemeinen der Schul am Zusammenbruch Deutschlands gezeichnete und die übliche antisemitische Hetze daraus geäußert habe. Dies zu einer Zeit, wo die nationalistische Hetze immer mehr anschwillt, um am 24. Juni in der Ermordung des Ministers Rathenau zu gipfelt. Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate Gefängnis und Einziehung der intimaenien Nummer der „Deutschen Zeitung“. Mauerhofer verteidigte sich selbst. Er wies die Behauptung des Staatsanwalts, daß sich der Text seines Artikels hämisch auf den der „Rötenfahne“ unterschreide!, als geradezu unglaublich zurück. Mauerhofer wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatsanwalts auferlegt. Da der Urteilsbegründung heißt es, daß ein Vorfall, zum Antisemitismus entzündet, nicht besteht.

Der verantwortliche Redakteur des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ stand vor einigen Tagen wegen Belästigung vor Gericht. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Studentengruppe der Hamburger Universität war jedoch belästigt, weil das propagierte, die Republik verehrende machende Treiben der Studentengruppe während der Hamburger Uebereinkunft vom „Echo“ unter der Überschrift „Genuine Junto“ kritisiert worden war. Der Vertreter des Redakteurs wies darauf hin, daß die Deutschnationalen Tag für Tag zur Spott und Höhe für die Republik hätten, daß die Bekämpfung gegen Angreifer auf die Republik das gute Recht und die Pflicht des Beleges gewesen sei, und ein republikanisches Gericht einen solchen darin untersuchen sollte. Das Gericht erblieb in dem Ausdruck „gerne Junto“, eine formelle Bekämpfung und verurteilte den sozialdemokratischen Redakteur zu 1000 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis.

Es geht doch nichts über die demokratische deutsches Ju.

Cuno und Stresemann.

Stresemanns Credo hat am letzten Samstag vor Breitscheidt sein politisches Programm wiederholt. Er verlangte „Frieden“ von allen Feindschaften und auch vom Auslande. Großreich gegenüber prahlte er hoch, da es ihm unmöglich gewesen ist, in der kurzen Zeit seiner Regierung einen Frieden zu schließen. Doch bei den längeren offenen Verhandlungen von Mainz zu Wiesbaden und die Geheimvereinbarungen welche er auch Deutschland gegenüber angewandt. Das letzte Schauspiel verlangte, so werde die Reparation „Zufrieden“ gestellt. „Noch nicht gekommen sei, wie es geplant werden.“ Da den Sämenen bei die Weisheit aller Vollstreiter und eine Partie Regierungssouveränität verhindert.

Stresemann führte auf dem Gothaer Parteitag der Deutschen Volkspartei aus, der einzige Weg der Rettung sei eine deutsch-französische Blutschädelverständigung, die aber nur möglich sei, wenn Frankreich endlich die Politik der Sanctionen und Drohungen einstelle. Er verleugnete innerpolitisch die Koalitionspolitik, die in der heutigen Zeit die einzige mögliche sei.

Verstorbene Große Koalition in Sachsen.

Wiederwahl des Ministerpräsidenten Bud.

On der Landtagswahl vom 5. Dezember wurde ber. bis herige sozialdemokratische Ministerpräsident Bud mit den 49 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten wiedergewählt. Demokraten und Volkspartei (bis auf drei) stimmten nicht für eigene Kandidaten, sondern entschieden sich der Stimme, ein Beweis, daß sie auf eine Zusammensetzung mit der Sozialdemokratischen Abgeordneten Moses und Jubel wegen Bedrohung des Abgeordneten Helfrich (Dn.) am Tage der Ermordung Rathenaus bitten. Die Deutschnationalen hatten einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Für die Kommunistische Fraktion gab Genosse Böttcher eine Erklärung ab, in der er die Zustimmung der Fraktion zur Wahl Buds begründete, gleichzeitig den sozialdemokratischen Führern, an deren Widerstand das Zustandekommen einer Arbeitersregierung scheiterte, das Mißtrauen aussprach und die Haltung der Fraktion zur Regierung von dem Verhalten der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft abhängig erklärt.

Das Kampfziel des Chemischen Trusts.

In Ludwigshafen wird das Gericht verbreitet, daß die Anilinfabrik bekanntgegeben hätte, die Streitenden zu vollständig neuen Bedingungen nach Beendigung des Streits einzustellen. Die Hauptbedingung knüpft sich an die Arbeitsecke. Statt des Achtstundentages soll die zehnstündige Arbeitsschicht eingeführt werden. Dafür die Anilinfabrik den Kampf provoziert haben, um weiter gesteckt Zielen zu erreichen.

Die Sozialdemokratie gibt den Achtstundentag preis! Sie wendet sich in Wörtern gegen die Arbeitszeitverlängerung in der Praxis begnügt sie die Unternehmerpläne, indem sie den Arbeitern empfiehlt, alle Verschlechterungen kampflos hinzunehmen, wie immer „um größeres Unglück zu vermeiden“ und indem sie jedem Kampf der Arbeiter in den Rücken fällt.

Das Unternehmerium fühlt sich unter der Cuno-Regierung stark genug, um den Arbeitern den Achtstundentag raus zu können, ehe er vom Parlament ausgehoben ist. Die Zeitschriften von Leverkusen sind stärker als alle Verleumdungen, Lügen und Verirrungsversuche der BSPD-Presse.

Der Achtstundentag wird veraus. Darum ist Solidarität mit der Pälzer Arbeiterschaft.

Kein Moratorium ohne Pfänder.

Zu dem englischen Plan, Deutschland ein vorläufiges kurzfristiges Moratorium zu gewähren, schreibt der Tempel, daß Frankreich nicht gesonnen sei, für die laufenden Zahlungen einen Ausfall ohne Pfänder zu gewähren, und werde natürlich auch allein Schritte unternommen, um die begünstigten Kreise Druckschläge zur Verzweiflung zu bringen.

Die allgemeine Lösung der Reparationsfrage könnte nur in Verbindung mit einem Ausgleich der inneren Kriegsschulden vorgenommen werden. Die Voraussetzung dazu ist, daß die Verhandlungen zwischen England und Amerika über die Kriegsschuldenfrage abgeschlossen seien.

Vor einer neuen Aktion der englischen Bergarbeiter.

Wie aus London gemeldet wird, wurde der Vorstand des britischen Bergarbeiterverbandes von Bonar Law empfangen. Die Bergarbeiterführer trugen dem Ministerpräsidenten die jämmerliche Lage der Bergarbeiter vor. Sie wiesen darauf hin, daß ein großer Teil der Bergarbeiter höchstlich hungrig. Tausende von Bergleuten müssen neben ihrem Lohn noch Armutunterstützung empfangen, um die Familie vor dem Auflösung zu bewahren. Die Hungerhöhle der britischen Bergarbeiter erklären sich zum Teil aus der Konkurrenz der deutschen Reparationslast, die von den deutschen Bergleuten in Verhälften gedreht wird. Bonar Law erklärte, daß ihm der Zustand der Bergarbeiter sehr leid tue, aber er könne daraus nichts ändern. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes beschuldigt einen außerordentlichen Verbaudtag zu berufen. Dieser wird zu entkräften haben, wie die britischen Bergleute sich im Kampf gegen die Zechenarbeiter und gegen Bonar Law eine menschenwürdige Existenz erkämpfen können.

Das Schreckensregiment in Irland.

Am 4. Dezember fand in Dublin eine Massen Kundgebung der Republikaner zu Ehren Ernesto Gildersleves und der anderen, in den letzten Tagen erschossenen Republikaner statt. Vorberichte, die mit den republikanischen Farben geschmückt waren, wurden im Zuge vorangestrafen. Eine ungeheure Menschenmenge nahm an der Kundgebung teil. Zwischenfälle fanden nicht statt.

In Dublin haben die Behörden große Häusdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen, wobei mehrere Personen wegen Waffenbesitz verhaftet wurden. Wie der offizielle Bericht hinzufügt, haben sie hierdurch die To des Sturz gezeigt. Auch ein groß angelegtes Komplott soll aufgedeckt worden sein, einer ein Kriegsrat der Freiheitler gelangtgekommen. Gerichtsverfahren verliefen, daß auch Devaletta der Führer der irischen Freiheitler verhaftet ist.

Sehr vernünftige Christen.

Der bekannte Bauernführer Dr. Heim hatte in einer Bauernversammlung erklärt, die Preisesteigerungen würden durch die hohen Löhne der Arbeiter hervorgerufen. Wegen dieser Auslösung hat das Ortskonsell der Christlichen Gewerkschaften in Regensburg an den katholischen Gläubigen und Parteifreunden einen in sehr deutlicher Sprache gehaltenen offenen Brief gerichtet. Die christlichen Arbeiter fragen den Bauernkönig u. a., wann und wo die Löhne mit der Salute gestiegen seien, wo und wann die Preise mit der Salute gestiegen seien. Insbesondere werden sich die christlichen Arbeiter gegen die Forderung eines Sohnabbaues und einer Arbeitszeitverlängerung. Nach vorangegangener Begründung heißt es möglich:

„Wir behaupten deshalb, daß ein Preisabbau nicht erfolgen würde, selbst wenn die Arbeitnehmerchaft nicht bloß oft, sondern 18 Stunden und selbst ohne Lohn arbeiten würde.“

Der Herr Dr. Heim hat auf die versänglichen Fragen nicht antworten können. Aber Sozialdemokraten und Ge-

